

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Ami Dresden Nr. 31302
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Bismarck

mit Loschwitzer Anzeiger

Dank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokonto Bismarck Nr. 666
Postkassen-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Bismarck, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpöritz, Gostrowitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Bismarck. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4 gepaltene Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anrechnung gebracht. Rabattspruch ersichtl. b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Bismarck, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

174

Mittwoch, den 29. Juli

1925

Bestehen deutsch-russische Vereinbarungen in der Völkerbundfrage?

Noch keine Vertagung des Reichstages. — Die Annahme des Finanzausgleichs gesichert. — Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Ruhrbergarbeitern. — Das diplomatische Mißverständnis aufgeklärt.

Keine deutsch-russischen Sonderabmachungen

(Eigener Informationsdienst.)

Wie wir hören, hat die englische Regierung dieser Tage auf diplomatischem Wege bei der Reichsregierung angefragt, ob zwischen Deutschland und Rußland irgendwelche Vereinbarungen bestehen, durch die der Eintritt in den Völkerbund sowie gegen den Abschluß eines Sicherheitspaktes aufgeschoben sein könnten. Die Reichsregierung hat daraufhin unverzüglich das Foreign Office wissen lassen, daß außer dem Rapallo-Vertrag weder politische noch sonstige Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland bestehen.

Der Reichstag bleibt noch beisammen

Der Reichstag des Reichstages hat nunmehr ein für allemal entschieden, daß die Zollvorläufe noch vor den Reichstagsferien erledigt werden müssen und nicht eher an eine Vertagung des Reichstages gedacht werden kann, bis der dringende Arbeitsstoff erledigt ist. Um von vornherein die Möglichkeit einer Obstruktion der Linken vorzubeugen, wurde gleichzeitig beschlossen, die Redezeit abzukürzen und die Reichsopposition in länger auszudehnen, sobald die Volksvertretung an jedem Sitzungstag bis in die spätem Abendstunden hinein tagen muß. Dieses Vorgehen der Regierungsmehrheit, die im Reichstag den Sieg davontrug, hat bei der Linken Opposition die denkbar große Erregung hervorgerufen. Die Spannung, die seit den letzten Tagen zwischen der Linken und den Linksparteien eingetreten ist, hat sich damit verschärft, daß man mit einem sehr stürmischen Abschluß der gegenwärtigen Tagungsperiode rechnen muß. Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichsopposition beschlossen, zur Zollvorlage noch eine Reihe von Anträgen einzubringen, damit sich die Beratung außerordentlich lang ausdehnen wird. Der Kampf verspricht insofern sehr interessant zu werden, als nunmehr zwei geschlossene Fronten, der Block der rechtsbürgerlichen Parteien und der Block der Linken, sich gegenüberstellen werden. Da zu den Steuerfragen ebenfalls zahlreiche Anträge der Opposition vorliegen, die in der Kürze der Zeit gar nicht mehr sachlich beraten werden können, werden jetzt sehr erregte Proteste laut, die sich gegen das Eiletempo der Beratungen richten, und in denen der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch inhaltliche Mängel eine Klärung der parlamentarischen Situation unmöglich gemacht habe.

Die Sozialdemokraten und die Demokraten sind besonders erregt über die Haltung des Senats, das ihrer Meinung nach auf den besten Wege sei, nach rechts abzuweichen und den bei der Reichspräsidentenwahl geschaffenen Block der Weimarer Parteien zu zerbrechen.

Vor Fertigstellung der deutschen Luftfahrnote

(Eigener Informationsdienst.)

Die Kommission, die von dem Vizepräsident eingesetzt worden war, um ein Gutachten auszuarbeiten, in dem die vollen Auswirkungen auf den Gesamtgebiet des Luftfahrwesens erörtert werden sollen, hat ihre Arbeiten bisher noch nicht beendet. Man erwartet aber, daß das Gutachten bereits in den nächsten Tagen fertiggestellt sein wird. Wie verlautet, wird das Gutachten die in der letzten Note der Vizepräsidentenkonferenz enthaltenen Bestimmungen für die deutsche Luftfahrt ablehnen, sobald die Reichsregierung den alliierten Regierungen nur in diesem Sinne antworten kann.

Der Finanzausgleich

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist es der Reichsregierung gelungen, eine einmütige Auffassung der Regierungsbil-

Weiterberatung der Amnestievorlage

Sprengstoffvergehen ausgenommen

In der Weiterberatung des Rechtsausschusses des Reichstages wurde der § 4 der Amnestievorlage beraten, der die Ausnahmen von der Amnestie behandelt.

Es sollen ausgeschlossen sein diejenigen Personen, die im Zusammenhang mit der Straftat ein Verbrechen gegen das Leben, ein Verbrechen der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes, der Brandstiftung, der vorläufigen Gefährdung eines Eisenbahntransportes sowie des verbrecherischen Gebrauchs von Sprengstoffen begangen haben.

Ein kommunikativer Antrag zur Streichung dieses Absatzes wurde abgelehnt, dagegen ein volksparteilicher Antrag Dr. Wunderlich angenommen, auch die Verbrechen gegen § 256 unter die Ausnahmen einzufügen. Dies habe sich aus dem Prozeß gegen die Pleinerrabende als nötig erwiesen.

Dann wünschden die Sozialdemokraten die Streichung des § 7 des Gesetzes, wodurch der gemeingefährliche Gebrauch von Sprengstoffen unter die Ausnahmen gerechnet wird. Ein Vertreter des Reichsjustizministeriums wandte sich gegen die Streichung. In den früheren Amnestien stehe der § 7 allerdings nicht unter den Ausnahmen, man habe ihn aber jetzt aufgenommen, weil die Vorgänge der letzten Monate gezeigt hätten, daß die Zündmittelhandlungen gegen diesen Paragraphen eine besonders gefährliche Verletzung der Staatssicherheit darstellen. In Baden-Baden seien zum Beispiel vier Zentner und im Redartal elf Zentner Sprengstoff entwendet und in süddeutsche Hauptstädte geschafft worden. Die Sozialdemokraten betonten zwar, daß die schweren Strafen hier mitunter solche Leute betreffen, die den Sprengstoff gar nicht verwenden wollten, aber seitens der Regierung wurde eingewendet, daß der Paragraph gar nicht in allen Fällen zu harten Strafen zwingt. Der zweite Absatz schließt alle diejenigen Personen von der Amnestie aus, die lediglich aus Rohheit, Eignung oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen gehandelt haben. Der Vorschlag hielt diese Fassung für denkbar beherrschbar. Nichtpolitische Beweggründe könnten unter

Umständen ebenfalls höchst ehrenhafte Beweggründe sein. Der Staatssekretär Joel erklärte, diese Fassung sei aus früheren Amnestiegesetzen übernommen und habe noch niemals zu einer Beschwerde geführt. Der Absatz 3 nimmt den Hochverrat und Rückfall von der Amnestie aus.

In der Weiterberatung wurde § 4 in der Gesamtabstimmung angenommen, ebenso der § 5, der bestimmt, daß eine Gesamtstrafe, in der unter die Amnestie fallende Einzelstrafen enthalten sind, in verfallt wird, wo es denjenigen der amnestierten Einzelstrafen entspricht. Dann vertagte der Ausschuss seine Beratungen auf Mittwoch.

Die Viechölle

In der Debatte im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages, die sich gestern im wesentlichen um die Viechölle bewegte, erklärte der Ernährungsminister Graf Hanig u. a. die Reichsregierung habe die Absicht, schon in den nächsten Tagen wegen der Verteilung des Gefrierfleischs an die minderbemittelte Bevölkerung mit den Ländern und mit dem Stadtag in Verbindung zu treten. Bis zum endgültigen Einpendeln der Verteilung soll es genügen, wenn die Gemeinden dem Zollamt eine Bescheinigung vorlegen, daß sie sich verpflichten, die im Gesetz gestellten Bedingungen zu erfüllen.

Nach einem Zusatzantrag der Kompromisspartei soll außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, den legalen Handel und das Gewerbe zur Verteilung des Gefrierfleischs heranzuziehen. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß, wenn dieser Antrag Gesetz geworden ist, kaum ein Kapitalist sich dem Druck der Stadtverordnetenversammlung widersetzen können, daß alles im Rahmen des Möglichen geschieht, um der Tendenz des Gefrierfleischantrages gerecht zu werden, wonach das Gefrierfleisch nicht mehr wie bisher an die Wurst- und Konservfabrikanten gelangt, sondern der minderbemittelten Bevölkerung ausgeliefert wird.

Die weitere Einzelberatung und die Abstimmung wurden auf Mittwoch vertagt.

Dr. Schacht über die Lage des deutschen Kapitalmarktes

In der Zentralauskunftung der Reichsbank führte der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht folgendes aus: Bei der letzten Zentralauskunftung am 23. März 1925 hat sich die immer noch gedrückte Lage der deutschen Wirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt deutlich widerspiegelt. Die große Nachfrage nach lang- und kurzfristigem Kapital hat nicht nachlassen. Die Reichsbank hat auch in dem verfliegenen Vierteljahr ihre Aufgabe darin gesehen, der deutschen Wirtschaft soweit zu helfen, als es mit dem Schutz der Währung irgendwie vereinbar ist. Auf das Mittel der Kreditgewährung können wir dabei auch weiterhin nicht verzichten, wenn wir nicht den Anstieg vollständig in Unordnung bringen wollen. Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Monaten die Nachfrage nach Devisen auf dem deutschen Markt eine sehr starke gewesen ist. Ursache dieses Abflusses liegt zum Teil in unserer Handelsbilanz begründet. Ein erheblicher Teil der Wirtschaft wendet dem Export nicht diejenige Aufmerksamkeit zu, die im Interesse unserer Zahlungsbilanz erwünscht ist, andererseits wird die Kaufkraft des inländischen Marktes durch eine vielfach verkehrt gehandhabte Bewirtschaftung des Geldes künstlich erhöht und durch eine Konjunkturdepression vor, die bei der steuerlichen Belastung der Wirtschaft notwendigerweise ein rasches Ende finden muß.

Diese notwendige dauernde Stärkung der inneren Kaufkraft kann nur durch Produktionsver-

billigung und insbesondere durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden. Eine weitere Ursache der Devisenfrage war die aus mehreren Ursachen teils politischer, teils wirtschaftlicher Natur erfolgte Kündigung kurzfristiger Auslandskredite. Die Reichsbank hat die deutsche Wirtschaft auf das Bedenken solcher kurzfristigen Auslandskredite wiederholt hingewiesen. Der vorzüglichen Politik der Reichsbank ist es zu danken, daß Schwierigkeiten bei der Rückzahlung nicht entstanden sind.

Endlich darf nicht vergessen werden, daß auch aus den Reparationsverpflichtungen eine erhebliche Devisenbelastung für die deutsche Wirtschaft resultiert. Die Zahlungen für den Zinsendienst der Dawesanleihe, für den Reparationszins und für die jeweiligen Verwaltungs- und Zinskapitalleistungen, die seitens der Empfänger in fremde Währungen umgewandelt werden, haben bisher den Betrag von 200 Millionen Rentenmark überschritten. Darunter lasten selbstverständlich auch die Sachleistungen unsere Zahlungsbilanz direkt durch die für diese Sachleistungen erforderliche Kaufkraft, während andererseits unsere Handelsbilanz durch die Sachleistungen erheblich vermindert wird. Trotzdem ist die Reichsbank in der Lage gewesen, ihren Goldbestand auf nunmehr 1100 Millionen Rentenmark zu erhöhen. Wir beabsichtigen in der Vermehrung unseres Goldbestandes weiter vorzugehen. Es ist erfreulich, daß die Reichsbank in der Lage gewesen ist, allem an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, ohne daß sie eine Einschränkung ihrer bisherigen Kredite hat vornehmen müssen. Mit einer Erhöhung der Kreditgewährung seitens der Reichsbank darf aber zurzeit nicht gerechnet werden. Wir sind wie immer bemüht, für die Wirtschaft Erleichterungen herbeizuführen.

Die Forderungen der Eisenbahner

Die Spitzenorganisation der Eisenbahnergewerkschaften sind gestern zu einer Besprechung zusammengetreten. Die Lohnverhandlungen mit Vertretern der Hauptverwaltung der Reichsbahn sollen in etwa 14 Tagen beginnen, nachdem sich die Gewerkschaften über ihre Forderungen schlüssig geworden sind und diese der Hauptverwaltung vorgelegt haben, was in der laufenden Woche der Fall sein dürfte. Inzwischen werden Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften Fühlung nehmen. Die Eisenbahnergewerkschaften erwarten, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn bei den kommenden Lohnverhandlungen örtlichen Zusätzen nicht abgeneigt sein werde, während sie ihrerseits allgemeine Lohnverhöhungen fordern müßten, über deren Höhe positive Vorschläge aber erst nach Beendigung der Zoll- und Steuerdebatte im Reichstage im Zusammenhange mit der Auswirkung der neuen Mieterhöhung gemacht werden könnten.

Der Geburtenüberschuß

Wie der Tag berichtet, kann als Ergebnis der kürzlich veranstalteten Volkszählung mitgeteilt werden, daß seit der letzten Volkszählung 1919 Deutschland einen Bevölkerungszuwachs von rund 3,3 Millionen Menschen aufweist. Wir haben jährlich einen Geburtenüberschuß von durchschnittlich etwa 0,555 v. H., also eine Zunahme von rund 500 000 Menschen im Jahre.

Polizeiliche Durchsuchungen in Berlin

Die polizeilichen Erhebungen über die rechtswidrige Veröffentlichung von Dokumenten über das schwebende Verfahren gegen die Bekräftiger Barma sind den Blättern zufolge gestern abgeschlossen worden. Die Untersuchung wird von heute an die Staatsanwaltschaft I führen.